

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 16. DEZEMBER 2020



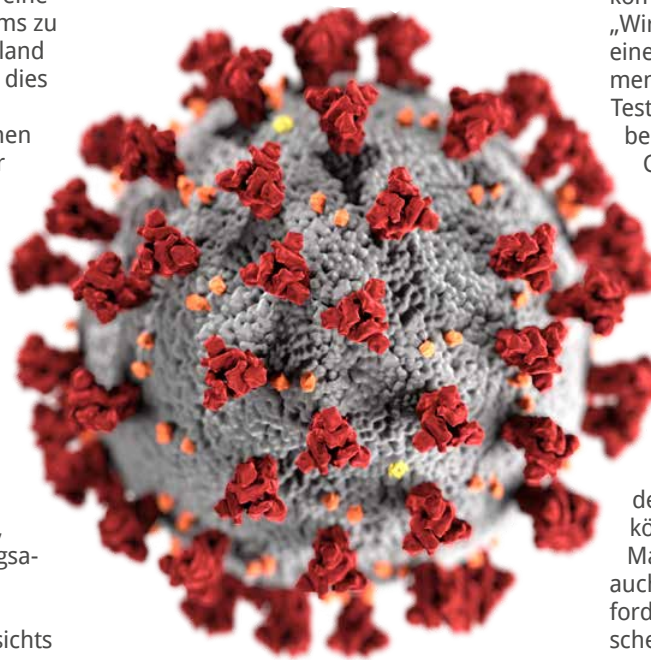
BÜRGERSCHAFT DEBATTIERT ERNEUTEN LOCKDOWN

Am heutigen Mittwoch sind verschärfte Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Kraft getreten. Unter anderem muss der Handel weitgehend schließen. Bürgermeister Andreas Bovenschulte erläuterte zunächst in einer Regierungserklärung die Maßnahmen, auf die die Ministerpräsident*innen sich mit der Bundeskanzlerin geeinigt hatten. In der anschließenden Debatte unterstützte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, die Verschärfungen. „Dieser Virus ist unberechenbar“, sagte Güngör, „und es ist jetzt absolut notwendig, die bereits getroffenen Maßnahmen nochmals zu verschärfen – und das nicht erst im nächsten Jahr oder gar nach Weihnachten – nein: Heute müssen wir bundesweit entschlossen handeln.“

Güngör nannte zur Begründung auch die aktuellen Zahlen: 952 Tote innerhalb der letzten 24 Stunden hatte das Robert Koch-Institut am Morgen gemeldet. Aus Sachsen waren Berichte zu lesen, dass auf ersten Intensivstationen die Entscheidung getroffen werden musste, wer beatmet werden kann und wer nicht, weil die Kapazität nicht für alle reichte. Um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, sei es nötig, in Deutschland die „Stopp-Taste“ zu drücken – und dies sei auch über die Weihnachtstage erforderlich. „Wir sind alle zusammen aufgefordert, unsere Kontakte über Weihnachten zu reduzieren. In Bremen gilt, dass neben dem eigenen Hausstand bis zu vier weitere Personen aus dem engsten Familienkreis – wobei Kinder unter 14 ausgenommen werden – über die Weihnachtsfeiertage zusammenkommen können“, erklärte Güngör. „Doch appelliere ich hier eindringlich: Das ist keine Soll-Regelung! Jeder und jede, der diesen Kontaktspielraum nicht voll ausnutzt, trägt wesentlich dazu bei, das Infektionsgeschehen zu verlangsamen.“

Einen Appell richtete Güngör angesichts der Schließung von weiten Teilen des Einzelhandels bis zum 10. Januar auch an alle Kund*innen. Auch wenn die finanzielle Unterstützung des Bundes wichtig sei, seien Geschäfte und Gastronomie auf die Hilfe jedes Einzelnen angewiesen. Der Kauf vor Ort, das Abholen oder ein Gutschein von einem Lokal helfe den Händlern und Wirten, die man auch nach Ende der Pandemie gerne besuchen würde. Staatliche Hilfen hält Güngör auch in einem weiteren Bereich für notwendig. Er verteidigte die Regelungen für Silvester, die einen Verkauf von Feuerwerkskörpern verbieten und ein Versammlungsverbot vorsehen und sprach sich dafür aus, dies um ein Verbot des

Abbrennens von Feuerwerk zu erweitern. Der Bremerhavener Hersteller Comet sei davon aber existenziell betroffen, erwirtschaftete er seinen gesamten Jahresumsatz doch an den drei Verkaufstagen am Ende des Jahres. Ein zweistelliger Millionenverlust drohe. „Hier sind 200 Arbeitsplätze ge-



Wikimedia/CDC/ Alissa Eckert, MS; Dan Higgins, MAMS

fährdet und wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion halten eine schnellstmögliche Lösung für unabdingbar. Daher fordern wir den Senat auf, entsprechende Gespräche mit dem Bund zu führen. Es ist sehr wichtig, dass diese massiven Einschränkungen von wirtschaftlichen Hilfen flankiert werden“, so Güngör.

Der Sozialdemokrat ging in seiner Rede auch auf die Situation in den Alten- und Pflegeheimen ein. Er begrüße es, dass der Bund dem Bremer Beispiel gefolgt sei und

nun kostenfreie FFP2-Masken an vulnerable Gruppen verteile. Es müsse aber auch zu regelmäßigen Testungen der Mitarbeitenden kommen. Güngör: „Wir müssen mit einem gemeinsamen Kraftakt diese Testungen in den Pflegeeinrichtungen hinkommen. Krisenstab und Sozial- sowie Gesundheitsressort sind hier jetzt gefordert, um die Pflegeheime zu unterstützen, diese Testungen regelmäßig zu machen. Nur so schützen wir die Pflegekräfte, nur so schützen wir die alten Menschen, das ist unser Weg, den wir für richtig halten!“



Mustafa Güngör

Die Lage sei ernst, so Güngör abschließend, mittlerweile sei sie aber auch hoffnungsvoll, da es einen Impfstoff gebe, mit dem im kommenden Jahr eine Massenimpfung erfolgen könne. Wenn es soweit ist, dass die große Masse geimpft werden kann, sollten hier auch die Hausärzte einbezogen werden, forderte Güngör. Vor allem ältere Menschen brächten diesen oft mehr Vertrauen entgegen. Und auch Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch sei, könnten von den Impfbetrieben abgeschreckt werden. „Deswegen ist es hier umso wichtiger, dass alle Wege, die zu einer Impfung führen, eingeschlagen werden“, forderte Güngör und mahnte abschließend: „Machen wir uns nichts vor: Auch während und nach der intensiven Impfphase, werden uns die AHA-Regeln und das Tragen einer Maske noch länger begleiten. Bis dahin gilt: Wir, jeder und jede von uns, hat es in der Hand: Wir können das Infektionsgeschehen stoppen, indem wir verzichten und füreinander einstehen. Indem wir solidarisch sind und geduldig.“

ANFRAGE **INTERNATIONALISIERUNG** DER HOCHSCHULEN IM LAND BREMEN

Die akademische Welt lebt seit jeher von der Vernetzung, und spätestens im Zeitalter der Globalisierung schreitet jene Vernetzung mit rapider Geschwindigkeit voran. Der internationale Wissensaustausch floriert. Doch dieser Austausch bringt eine Reihe neuer Herausforderungen mit sich – abseits der globalen Corona-Krise.

Die rot-grün-rote Koalition hat im Juli auf Initiative der SPD-Fraktion eine Große Anfrage an den Senat gerichtet, um einen Überblick zu erhalten über die Möglichkeiten, Programme und Kooperationen der Hochschulen im Land Bremen, aber auch über die Anforderungen, Herausforderungen und Probleme der internationalen Studierenden. Zur heutigen Sitzung des Landtags hat der Senat nun eine umfangreiche Antwort vorgelegt, die im Plenum der Bremischen Bürgerschaft debattiert wurde. Und aus den über 130 Seiten der Antwort



Janina Brünjes

des Senats geht hervor: Vielfach seien die Standorte in Bremen und Bremerhaven im Vergleich mit ähnlichen Hochschulen und Universitäten an der Spitze. Dieser Erfolg sei das Ergebnis umfangreicher Entwicklungen, berichtet die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Janina Brünjes, am Rande der Bürgerschaft: „So setzen die Hochschulen viel daran, sich für internationale Studierende zu öffnen. Immer mehr Studiengänge werden in englischer Sprache, einige bereits auch in weiteren Fremdsprachen angeboten. Dazu kommt eine Vielzahl von Programmen und Initiativen, die daran anknüpfen“, erklärt sie. „Dass sich diese Entwicklungen gelohnt haben, zeigen die Zahlen. Die Förderprogramme werden nachgefragt und gebraucht und der Anteil der ausländischen Studierenden hat insgesamt eine steigende Tendenz. Dies lässt sich auch bei den Drittmitteln erkennen – auch hier hält der Trend an.“

Die internationale Ausrichtung der bremischen Hochschulstandorte müsse unbedingt abgesichert werden, auch angesichts der Corona-Pandemie, ergänzte Brünjes. „Durch die anhaltende Corona-Pandemie

wird allen Menschen im beruflichen sowie privaten Leben viel abverlangt. Diese Herausforderungen machen auch vor den Türen unserer bremischen Hochschulen nicht Halt. Deswegen haben wir uns als SPD-Fraktion erfolgreich für Hilfen für Studierende, Unterstützung für die Hochschulen sowie den schnellen Aufbau einer digitalen Infrastruktur stark gemacht. Damit gehen wir in die richtige Richtung“. Für Brünjes gilt: „Tausende junge Menschen aus aller Welt strömen an unsere Hochschulen und verfolgen das Ziel, gemeinsam Wissenschaft und Forschung zu betreiben. Durch die Internationalisierung unserer Hochschulen leben wir den Dialog der Kulturen, erschaffen langfristige Kooperationen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und entwickeln unsere Hochschulbildung weiter. Wir prägen und betonen damit unsere Standorte in Bremerhaven und Bremen und gewinnen für diese hochqualifizierte Fachkräfte, von denen unsere Wirtschaft profitiert. Das weltweite Netz, das wir damit spannen, steht für Weltoffenheit und Kooperation, die es in Zeiten von zunehmendem Fremdenhass und Ausgrenzung dringend benötigt.“

ANTRAG **ENTGELTUNGSGLEICHHEIT** ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN BEKÄMPFEN

Der 17. März 2020 markiert das Datum, bis zu dem Frauen in Deutschland ohne Bezahlung gearbeitet haben – zumindest sinnbildlich sind dies 77 Tage an unbezahlter Arbeit. Denn nach wie vor erhalten Frauen in Deutschland sowie im Bundesland Bremen im Durchschnitt etwa 20 Prozent weniger Lohn als Männer.

Bei gleicher Arbeit und Qualifikation beträgt der Unterschied immer noch 6 Prozent, die nicht auf strukturelle Unterschiede – beispielsweise Teilzeittätigkeiten – zurückzuführen und damit nicht erklärbar sind. Aus diesem Grund hat die Bürgerschaft heute einen koalitionsären Antrag verabschiedet, der ein doppeltes Ziel verfolgt. „Zum einen soll eine Senatsstrategie Entgeltgleichheit für Bremen erarbeitet werden, um hier vor Ort geschlechterspezifische Lohnungleichheit passgenau zu bekämpfen“, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, in der Bürgerschaftssitzung. „Zum anderen soll sich das Land Bremen auf Bundesebene für die Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes einsetzen, um bundesweit verbesserte Rechte für alle Arbeitnehmer*innen sicherzustellen.“



„Die Zahlen und Erhebungen der Arbeitnehmerkammer, des Statistischen Landesamtes Bremen und des Statistischen Bundesamtes machen eines ganz klar deutlich: Es besteht nach wie vor ein massiver Handlungsbedarf, um die geschlechtsspezifische Lohnlücke endlich zu schließen“, so die Sozialdemokratin weiter.

Grotheer: „Diesen Handlungsbedarf gilt

es nun aktiv anzugehen. Dafür verfolgt unser Antrag eine doppelte Strategie, da er sowohl auf Landes- als auch auf die Bundesebene abzielt. Aus diesem Grund soll eine Senatsstrategie Entgeltgleichheit entwickelt und ressortübergreifend verankert werden, die alle Akteur*innen und Beschäftigungsfelder und Lebensphasen miteinschließt. Dies ist ein wichtiges Zeichen, um aktiv auf Landesebene mit gutem Beispiel voranzugehen!“

ANTRAG **MAHNMAL** GEGEN MENSCHENRECHTSWIDRIGE BRECHMITTELVERGABE

Am 7. Januar 2005 verstarb der in Sierra Leone geborene Laye-Alama Condé in Folge einer Brechmittelvergabe durch die Bremer Polizei. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde der Antrag „Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen“ der rot-grün-roten Koalition diskutiert und beschlossen.

„Wir debattieren dieses Thema, weil es die Überzeugung dieser Koalition ist, dass der Tod von Laye-Alama Condé am 7. Januar 2005 uns auch heute noch Mahnung sein muss, staatliches Handeln zu hinterfragen und – das sage ich ganz bewusst – auch die



Kevin Lenkeit

Rolle der Bremischen Bürgerschaft im demokratischen System der Gewaltenteilung kritisch betrachtet werden muss“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, in seiner Rede. „Wir

sagen deswegen deutlich, dass es uns bestürzt und beschämt, dass die Androhung oder Durchführung einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung wie der zwangsweisen Brechmittelvergabe über zwölf Jahre lang eine seinerzeit übliche Maßnahme der Strafverfolgung in Bremen und ganz Deutschland war, in Gänze fast nicht hinterfragt, mit einigen Ausnahmen, auch nicht in diesem Haus“, so Lenkeit weiter.

„Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die unmenschliche und erniedrigende Behandlung jahrelang zugelassen zu haben und danken den viele politischen, gesellschaftlichen und behördlichen Initiativen, welche das Geschehene aufgearbeitet und immer wieder öffentlich gemacht haben. Und die stetige Öffentlichkeit war nötig und ich bin froh, dass wir heute, mehr als 15 Jahre später deutlich machen: Auch das Parlament trägt Verantwortung und zu dieser Verantwortung wollen wir uns heute bekennen, und wir wollen die Betroffenen öffentlich um Verzeihung bitten“, erklärte der SPD-Abgeordnete, und richtete anschließend seinen Dank an Polizeipräsident Lutz Müller, welcher veranlasst habe, eine

Broschüre zum Tode Condés auszuarbeiten und die Geschehnisse in der Polizeiausbildung kritisch zu reflektieren.

„Ja, Kriminelle müssen im Zuge staatlicher Maßnahmen auch mit körperlichen Nachteilen rechnen. Und ja, Kriminelle erleiden im Zuge staatlicher Maßnahmen körperliche Nachteile. Der Tod eines Menschen darf jedoch niemals das Resultat staatlichen Handelns sein, niemals“, mahnte Lenkeit an. „Dabei ist es auch völlig egal ob es sich um einen vermeintlichen Drogendealer handelt, dieses Gebot gilt universell und es gibt keine Ausnahmen.“

„Deswegen beschließen wir hier und heute einen dauerhaften Ort zu schaffen, der an das Geschehene erinnern und deutlich machen soll, dass nie wieder ein Mensch durch unrechtmäßiges staatliches Handeln ums Leben kommen darf“, so der Innenpolitiker zum Abschluss seiner Rede. „Der Tod von Laye-Alama Condé wird uns in Bremen immer Mahnung sein, dies verspreche ich für die SPD-Fraktion, vor allem den Hinterbliebenen von Herrn Condé, aber auch allen anderen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.“

ANTRAG **ISTANBUL-KONVENTION: GEWALTSCHUTZ FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN**

Im Jahr 2011 hat die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, unterzeichnet. 2017 wurde diese schließlich ratifiziert und zum 1. Februar 2018 in Kraft gesetzt.

Dies war ein wichtiger Schritt, der eine deutliche Verbesserung für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen bringen soll – und wurde heute auf der Grundlage eines Antrags der rot-grün-roten Koalition im Landtag debattiert. Denn: „Frauen mit einem von ihren Ehe- oder Beziehungspartnern abhängigen Aufenthaltsstatus sind besonders schutzbedürftig, da sie häufig aus Angst vor einer Abschiebung, dem Verlust des Anspruchs auf Familiennachzug oder damit verbundenen Problemen des Aufenthaltsstatus Gewalttaten ihnen gegenüber nicht zur Anzeige bringen“, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Antje Grotheer in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Doch der Schutz genau dieser Frauen ist im deutschen Aufenthaltsrecht nach wie vor lückenhaft.“

Aus diesem Grund hat die Bürgerschaft heute einen von der rot-grün-roten Koalition initiierten Antrag verabschiedet, welcher unter anderem den Senat auffordert, sich dafür einzusetzen, dass

die Vorbehalte auf Bundesebene zu den Absätzen 2 und 3 des Artikels 59 der Istanbul-Konvention aufgehoben werden, ohne dabei hinter den Schutzmechanismen des Aufenthaltsgesetzes zurückzubleiben. „Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag, mit dem sich die Unterzeichner seit 2011 zu einem umfassenden Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verpflichten“, so Grotheer weiter. „Sie ist eine große Errungenschaft und als Zeichen der Solidarität wurde erstmals am 25. November an der Bürgerschaft, dem Rathaus und an etlichen Ressorts eine Flagge gegen Gewalt an Frauen gehisst“ – und durch die vielfältige und intensive präventive Arbeit habe man in diesem Zusammenhang eindeutig einen Anstieg der Anzeigebereitschaft von Frauen feststellen können. „Frauen wurden, werden und müssen weiterhin stetig ermutigt werden, Gewalttaten anzu-



Antje Grotheer

zeigen! Die vermutete Dunkelziffer solcher Straftaten ist allerdings immer noch deutlich zu hoch, hier bedarf es weiterer Arbeit und Ermutigung, solche Gewalttaten auch zur Anzeige zu bringen.“

„Generell wendet sich die Istanbul-Konvention an jene Frauen, denen Gewalt angetan wurde und die unsere besondere Hilfe und Unterstützung benötigen“, erläutert die SPD-Abgeordnete weiter. „Mit dem vorliegenden Antrag der Koalition setzen wir uns weitergehend besonders für die Rechte von Migrantinnen in einer gewalttätigen Partnerschaft ein! Denn kommt es vor Ablauf der Ehebestandszeit von mindestens drei Jahren zur Trennung zwischen den Paaren, droht Frauen mit einem von ihrem Ehe- oder Beziehungspartner abhängigen Aufenthaltsstatus eine Abschiebung. Deswegen verbleiben sie aus Angst viel zu oft in einer gewalttätigen Partnerschaft.“

Der Senat solle sich nun auf Bundesebene für ebenjene Frauen einsetzen. „Zudem sieht der Beschluss auch vor, dass unser Senat alle zur Verfügung stehenden aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten nutzen soll, um auch weiterhin Aufenthaltserlaubnisse für von Gewalt betroffenen Frauen im Land Bremen zu erteilen“, so Grotheer abschließend. „Flankiert werden muss dies aber durch eine Strategie, die der Senat entwickeln soll, mit der von Gewalt betroffene Frauen mit ehe- oder beziehungsabhängigen Aufenthaltsstatus im Land Bremen über Beratungs- und Unterstützungsangebote informiert werden sollen.“

ANFRAGE **SOZIALUNTERNEHMEN WICHTIG FÜR DAS LAND BREMEN**

Social Entrepreneurship – darunter versteht man Unternehmen, für die das soziale und gesellschaftliche gemeinnützige Ziel Sinn und Zweck der Geschäftstätigkeit ist. Wie die Situation solcher Unternehmen im Land Bremen ist, wollte die rot-grün-rote Koalition in einer großen Anfrage vom Senat wissen. Heute nun wurde die Antwort des Senats in der Bürgerschaft debattiert.



Volker Stahmann

Der Senat, das macht er in seiner Antwort deutlich, misst einem solchen Sozialunternehmertum eine hohe Bedeutung bei. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, begrüßte und unterstützte diese Haltung in seiner Rede in der Bürgerschaft. „Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Probleme ein reines Gewinnstreben in der Wirtschaft mit sich bringt“, sagte er. „Dadurch ist die Bedeutung von ‚Sozialem Unternehmertum‘ noch einmal eindringlich deutlich geworden. Dabei geht es um innovative, pragmatische Lösungen, die sich sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen widmen. Eine Wirkungsorientierung und

nicht den Gewinn in den Vordergrund zu stellen verdient höchste Anerkennung.“

Es gehe diesen Unternehmen eben um mehr als um gute Bezahlung und gesellschaftliches Engagement, wie es auch viele andere Unternehmen leisteten. „Ziel des Handels ist hier eine soziale Tätigkeit, und ich finde gut, dass wir das in Bremen unterstützen“, sagte Stahmann und widersprach Äußerungen aus der Opposition: „Es ist eben nicht so, dass sozial ist, was Arbeit schafft. Es ist nicht egal, wie die Arbeit aussieht. Sozial ist, was gute Arbeit schafft – mit fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen.“